

Antrag

der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Dr. Günter Rexrodt, Otto Fricke, Daniel Bahr (Münster), Dr. Werner Hoyer, Dr. Andreas Pinkwart, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Birgit Homburger, Dr. Heinrich L. Kolb, Cornelia Pieper, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Guido Westerwelle, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Haushaltsentwurf 2003 überarbeitet vorlegen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung und die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit mit 4,6 Millionen Menschen im Januar 2003 lassen keine Verbesserungen der Finanzsituation in den öffentlichen Haushalten kurzfristig erwarten. Der Bundeshaushalt ist gekennzeichnet von zu positiven Annahmen sowohl auf der Einnahmen- als auch der Ausgabenseite. Mindereinnahmen und Mehrausgaben werden die Folge sein. Eine Schieflage des Haushalts ist heute bereits absehbar.

1. Bei der Aufstellung des Haushalts ist ein Wirtschaftswachstum (BIP) von 1,5 % unterstellt, das Jahreswirtschaftsgutachten der Bundesregierung geht von 1 % BIP aus. Bereits jetzt besteht eine Finanzierungslücke von 1 Mrd. Euro auf der Einnahmenseite aufgrund der schwachen Konjunktur und hoher Arbeitslosenzahlen.
2. Mit dem Steuervergünstigungsabbau-Gesetz sind im Haushalts-Entwurf 2003 insgesamt 1,533 Mrd. Euro etatisiert. Durch die von der Bundesregierung in Aussicht gestellten Änderungen werden dem Bundeshaushalt mehrere Millionen Euro entzogen.
3. Die im Jahresdurchschnitt unterstellten Arbeitslosenzahlen von 4,14 Millionen und die dafür im Haushalt bereitgestellten Mittel bei der Arbeitslosenhilfe in Höhe von 12,3 Mrd. Euro laufen schon jetzt der tatsächlichen Entwicklung hinterher. Im Januar 2003 lag der Mittelabfluss mit mehr als 200 Mio. Euro über der Veranschlagung. Im Jahr 2002 betrug das Gesamtvolumen für die Arbeitslosenhilfe 14,8 Mrd. Euro.
4. Die Bundesanstalt für Arbeit (BA) soll ohne zusätzliche Mittel im vorliegenden Haushaltsentwurf auskommen. Noch im Haushalt 2002 betrug der Zuschuss an die BA insgesamt 5,6 Mrd. Euro.

Daher ist eine Anpassung der Haushalts- und Finanzplanung durch Vorlage eines überarbeiteten Haushaltsentwurfs 2003 notwendig. Eine solide Finanzpolitik hat sich an den Realitäten zu orientieren.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, den Haushaltsentwurf 2003 zurückzunehmen und einen den ökonomischen und finanzwirtschaftlichen Entwicklungen entsprechenden überarbeiteten Haushaltsentwurf vorzulegen.

Berlin, den 17. Februar 2003

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion